
Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Heiko Handschuh
Parlamentarisches Büro
Markt 1
64823 Groß-Umstadt

Groß-Umstadt, den 20.06.23

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die FDP-Fraktion bittet Sie, ihren Änderungsantrag (FDP/0010/23) von der TO der Stadtverordnetenversammlung vom 22.06.23 zu nehmen bzw. den folgenden neuen Änderungsantrag zu den Änderungsanträgen der CDU-Fraktion CDU/ 0010/ 2023 und der SPD-Fraktion SPD/ 0011/2022 auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung vom 22.06.23 zu setzen:

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt,

das Projekt „Vermiete doch an die Stadt“ nach dem im Sozialausschuss am 05.06.23 vorgetragenen Modell der Stadt Weiterstadt umzusetzen.

Einzelheiten können ggf. den Bedingungen vor Ort angepasst werden, nicht aber die Regelung, das Projekt ohne zusätzliches Personal in der Verwaltung ein- und durchzuführen.

Das Projekt soll zeitlich befristet sein (Vorschlag: auf drei Jahre) und nur verlängert werden, wenn es nach einer dann durchzuführenden Evaluation als erfolgreich bewertet wurde.

Dr. Margarete Sauer
Fraktionsvorsitzende

Begründung:

Nach den Berichten der Vertreter aus Viernheim und Weiterstadt im Sozialausschuss am 05.06.23 über das in ihren Kommunen ein- und durchgeführte Modell „Vermiete doch an die Stadt!“, die im Wesentlichen übereinstimmten, v.a. hinsichtlich der Personalressource(!), sind die von SPD und CDU eingebrachten Prüfaufträge unseres Erachtens verzichtbar und würden als Prüfaufträge das Ziel, möglichst schnell Lösungen für den angespannten Wohnungsmarkt zu finden, nur gefährden. Keiner von beiden berichtete von irgendwelchen gravierenden Schwierigkeiten, beide bewerteten das Projekt als „sehr positiv“ – warum sollte das in GU anders sein?

Die Prüfhinsichten „ob und, wenn ja, wie“ entfallen damit.

Beide Vertreter betonten zudem, dass es zu keiner Zeit Konkurrenz zum privaten Markt gegeben habe und die Angebote sowohl als Sozialwohnungen als auch zur Entlastung der Gemeinschaftsunterkünfte an anerkannte Geflüchtete vermietet worden seien. Verluste durch Leerstände seien nicht relevant gewesen.

Obwohl der Bürgermeister dazu bereits eine Pressemitteilung in Vorbereitung hat, sollte dieses wichtige Projekt – schon aus Gründen der Verantwortlichkeit – durch einen Parlamentsbeschluss legitimiert sein.